

28. 11. 1915.

Fürsorgeaktion für stellenlose Privat- angestellte.

Der Tätigkeitsbericht.

In der gestern unter dem Vorsitz des Geheimen Rates Dr. Franz Klein abgehaltenen Sitzung der Fürsorgekommission für Privatangestellte wurde über die bisherige viermonatige Tätigkeit der Kommission Bericht erstattet. In der Fürsorgekommission, die auf Anregung des niederösterreichischen Gewerbevereines gebildet wurde und an deren Spitze als Präsidenten die Geheimen Räte Doktor Franz Klein und Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner stehen, sind bekanntlich die Regierung durch das k. k. Ministerium des Innern, der niederösterreichische Landesauschuss, die Gemeinde Wien und die niederösterreichische Handels- und Gewerbeamt sowie die interessierten Unternehmer- und Angestelltenorganisationen vertreten. Aus dem von Dr. Friedrich Veiter erstatteten Tätigkeitsbericht geht hervor, daß seit Beginn der Unterstützungstätigkeit (Ende Oktober 1914) bis 15. Februar dieses Jahres insgesamt 4079 Unterstützungs-gesuche überreicht wurden. Davon wurden 3451 Gesuche aufrecht erledigt, die sich auf die mit der Behandlung der Unterstützungsgesuche betrauten drei Stellen folgendermaßen verteilen: Gremium der Wiener Kaufmannschaft 2353, Landesstelle Wien der Allgemeinen Pensionsanstalt für Angestellte 936 und Hilfskasse der Advokaturkandidaten und Advokatur-beamten (Geschäftsstelle der Pensionsversicherungs-Ersatzinstitute) 162 Gesuche. Es wurden 1431 männlich verheiratete, 1172 männlich ledige und 848 weibliche Bewerber unterstützt. Die Gehaltsbezüge der Unterstützten in ihren Anstellungen vor dem Kriege reichen von über 700 K. monatlich bis zu 50 K. Der Kreis der Unterstützten umfaßt sonach ebenso hohe Gehaltskategorien als geringe Bezüge. Aus der Fürsorge konnten bisher 686 Unterstützte, davon 544 infolge Wiedererlangung von Anstellungen, die übrigen infolge von Einberufung zur militärischen Dienstleistung ausgeschieden werden.

Den Finanzbericht erstattete Professor Dr. Adolf Kobatsch. Zur Bestreitung der den Unterstützungswerbern für die Dauer ihrer Stellenlosigkeit bewilligten monatlichen Unterstützungsmen-

und von Mietinsbeiträgen war bis 15. d. ins-gesamt ein Betrag von 373.714 K. erforderlich. Die Mittel der Fürsorgekommission wurden zum Teile aus Subventionen des Staates, der niederösterreichischen Landesverwaltung, der Gemeinde Wien und der niederösterreichischen Handels- und Gewerbeamt, weiter durch Beiträge zahlreicher Unternehmer- und Angestelltenorganisationen, schließlich durch freiwillige Widmungen von Unternehmern und Angestellten aufgebracht. Die Fort-dauer des Krieges macht begreiflicherweise eine Verlängerung der ursprünglich nur auf vier Monate präliminierten Unterstützungsaktion notwendig. Die Fürsorgekommission hat sich daher in einem Rundschreiben neuerdings an die Unternehmer und die noch in Stellung befindlichen Angestellten mit der Bitte gewendet, die bisherigen Zuwendungen auch für die Zukunft zu leisten. Es hat sich erfreulicherweise bereits ein größerer Teil dieser Unternehmer hierzu bereit erklärt. Die Kommission richtet besonders an jene Betriebsinhaber und deren Angestellten, die durch die Übertragung von staatlichen Lieferungen von den Folgen des Krieges nicht betroffen wurden, den dringenden Appell, ihre Opferwilligkeit im Interesse der Erhaltung des Standes der Privat- und Handelsangestellten durch die Zuwendung von Beiträgen zu betätigen, damit die Fürsorgekommission auch für die nächste Zeit in die Lage versetzt werde, den an sie gestellten Anforderungen zu genügen und den durch den Krieg am ihre Stellung gekommenen und dadurch in Not geratenen Privatangestellten sowie ihren Familien über diese schwere Zeit hinwegzuhelfen.